



## Presseinformation

Nr. 336 / 2014

Kiel, Montag, 28. Juli 2014

Verkehr / Verkehrsinfrastruktur

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Christopher Vogt, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

### Christopher Vogt: Die Landesregierung sollte sich endlich auch einmal an die eigene Nase fassen

Zur Ankündigung der Landesregierung, im kommenden Herbst ein Konzept für mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur des Bundes vorlegen zu wollen, erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Es ist natürlich immer gut, wenn die Landesregierung die Argumentation der FDP-Landtagsfraktion übernimmt. Minister Meyer hat richtig erkannt, dass der Staat endlich deutlich mehr Geld in die Verkehrsinfrastruktur investieren muss. Das ist eine staatliche Kernaufgabe und das muss es auch bleiben. Es ist geradezu unverschämt, bei den Autofahrern immer stärker abkassieren zu wollen, weil man es versäumt, seiner Verantwortung für den Erhalt der Infrastruktur nachzukommen. Von daher freue ich mich, dass der unsinnige 'Albig-Hunni' durch die Ankündigung des Verkehrsministers jetzt offiziell kassiert wurde.

Es ist erstaunlich, dass die Landesregierung nun von der Bundesregierung eine andere Prioritätensetzung bei der Verwendung der gewaltigen Steuereinnahmen fordert und mehr Einsatz beim Erhalt der Verkehrsinfrastruktur anmahnt. Nur zur Erinnerung: Die Landesregierung hat dem schwarz-roten Rentenpaket zugestimmt. Es ist bedauerlich, dass die Landesregierung erst jetzt die falsche Prioritätensetzung der Bundesregierung erkennt. Wäre dies schon etwas früher der Fall gewesen, hätte man die Forderung nach höheren Investitionen in die Infrastruktur gemeinsam mit anderen Bundesländern zur Bedingung für eine Zustimmung machen können. Es drängt sich die Frage auf, warum die Landesregierung vom Bund lautstark eine andere Prioritätensetzung fordert, während sie selbst weiterhin genau die gleichen Fehler macht. Die Landesregierung sollte sich endlich auch einmal an die eigene Nase fassen. Sie nutzt die erfreulich positive Einnahmesituation des Landes für höhere konsumtive Ausgaben

und kürzt bei den Investitionen. Es ist unverantwortlich und unverschämt, dass eigene Landesstraßennetz derart verkommen zu lassen und dann auch noch scheinheilig ständig mit dem Finger auf andere zu zeigen, die es auch nicht besser machen.

Der Vorschlag der Landesregierung, mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur in einem 10-Jahres-Zeitraum über ein Sondervermögen abzusichern, hat zwar einen gewissen Charme, ist aber haushaltsrechtlich nicht unproblematisch. Abgesehen davon, wird es auch schwierig werden, die Bundestagsabgeordneten von dieser Idee zu überzeugen, wenn man indirekt kommuniziert, dass man diese finanzpolitische Krücke brauche, weil man die Haushälter im Bundestag für unfähig halte. In Schleswig-Holstein nutzt man das umstrittene Konstrukt des Sondervermögens ja aus einem etwas anderen Grund: Hier sichert man damit unerwartete Sondereinnahmen, um angesichts der sehr strengen Schuldenbremse Investitionen abzusichern. Die finanzpolitische Situation auf Bundesebene sieht anders aus. Insofern wäre es das einfachste und sinnvollste, wenn zukünftig Jahr für Jahr aus dem laufenden Bundeshaushalt mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur bereitgestellt würde. Die Landesregierung ist aufgefordert, beim nächsten Haushalt mit gutem Beispiel voranzugehen."